



Bericht der Jugendamtsverwaltung

Sitzung des
Jugendhilfeausschusses
am 20.06.2022

Thema

Kita-Vereinbarung

**Krieg in der Ukraine und die Auswirkungen auf die Kinder- und
Jugendhilfe**

**Startklar in die Zukunft – Corona-Aufholprogramm für Kinder-
und Jugendliche**

Projekt Kita-Einstieg

**Bekämpfung des Rechtsextremismus und anders motiviertem
Extremismus**

Kita-Vereinbarung

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren!

Beginnen möchte ich meinen Bericht der Jugendamtsverwaltung mit einem Thema, in dessen Mittelpunkt häufig das Geld steht, es aber um unsere Kleinsten in der Gesellschaft und die frühkindliche Bildung geht – die Kita-Vereinbarung zwischen den kreisangehörigen Gemeinden und dem Landkreis Wittmund.

Über die örtliche Presse oder auch über das Bürgerinformationssystem des Landkreises konnte verfolgt werden, dass sich auch der Landkreis Wittmund über die Wahrnehmung dieser wichtigen Aufgabe in Gesprächen mit den Gemeinden befindet.

Grundsätzlich liegt die Zuständigkeit für diese Aufgabe bei den Jugendämtern und damit beim Landkreis. Dies ergibt sich aus dem SGB VIII. Allerdings ist es flächendeckend in Niedersachsen fast überall gute Praxis, dass die Gemeinden diese Aufgabe für die Landkreise wahrnehmen.

Darüber, dass auch dies im Landkreis Wittmund weiterhin der richtige Weg ist, waren sich alle Verhandlungspartner schnell einig. Der Kreisausschuss hat am 29. März einmütig dafür gestimmt, dass die Gemeinden im Landkreis Wittmund auch weiterhin diese Aufgabe wahrnehmen und gleichzeitig die Kreisverwaltung damit beauftragt eine entsprechende Vereinbarung mit den Gemeinden auszuhandeln.

Es freut mich hier heute mitteilen zu können, dass diese Verhandlungen in der letzten Konferenz der Bürgermeister am 07.06.2022 erfolgreich abgeschlossen werden konnten.

Die neue Vereinbarung sieht vor, dass der Landkreis künftig den Gemeinden das Defizit der Kosten für das pädagogische Personal zu 100 % erstatten wird. Hinzu kommt ferner ein Verwaltungsgemeinkostenzuschlag in Höhe von 5 %.

Darüber hinaus wird sich der Landkreis auch weiterhin in der bisherigen Form an den Investitionskosten der Gemeinden beteiligen. Das bedeutet, dass der Landkreis den Gemeinden für jeden neu geschaffenen Platz 10.000 EUR Förderung und für jeden sanierten Platz 5.000 EUR Förderung gewähren wird.

Abschließend müssen in den Kommunen jetzt noch die politischen Gremien abschließend entscheiden. Beim Landkreis Wittmund wird dies in der nächsten Sitzung des Haushaltsausschusses bzw. des Kreisausschusses erfolgen.

Ich sehe in der neuen Vereinbarung einen guten Kompromiss. In den Verhandlungen wurde allerdings auch sehr deutlich, dass es ohne eine deutlich stärkere Beteiligung des Landes so nicht weitergehen kann. Das Land hat die Kindertagesbetreuung in den letzten Jahren kontinuierlich weiterentwickelt. Dies betrifft z. B. die Einführung der Beitragsfreiheit oder die künftige schrittweise Einführung der Drittkraft. Diese Qualitätsverbesserungen in der frühkindlichen Bildung begrüße ich ausdrücklich. Allerdings fordern wir auch das Land Niedersachsen auf, die Kommunen bei der Umsetzung finanziell deutlich mehr zu unterstützen. Die bisher vom Land vorgenommenen Erhöhungen der Finanzhilfesätze sind bei weitem nicht ausreichend, um den Mehraufwand in den Kommunen auszugleichen. Ein ähnliches Finanzierungsdebakel bahnt sich bei der verpflichtenden Einführung der Drittkraft an. Es ist zu befürchten, dass die sich daraus ergebenden höheren Personalkosten erneut nicht ausreichend durch das Land ausgeglichen werden.

Krieg in der Ukraine und die Auswirkungen auf die Kinder- und Jugendhilfe

Nicht unerwähnt bleiben kann in dieser Sitzung ein Thema, welches uns zurzeit alle bewegt – der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine und die Folgen auf die Kinder- und Jugendhilfe.

Aktuell hat der Landkreis Wittmund etwas über 500 Menschen aus der Ukraine aufgenommen. Hierbei handelt es sich überwiegend um Frauen mit ihren Kindern. Die Väter mussten in der Ukraine zurückbleiben zur Verteidigung ihres Landes.

Das Jugendamt ist in zweierlei Hinsicht involviert; Zum einem gewähren wir natürlich auch diesen Familien die nötigen Hilfen zur Erziehung. Außerdem hat das Thema der Inobhutnahme unbegleiteter Minderjähriger Ausländer (sog. UMA) hierdurch wieder eine erhöhte Bedeutung erlangt.

Das Jugendamt hat sich sehr frühzeitig auf die Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen Ausländern vorbereitet. In einem ersten Schritt wurden die bereits überprüften und qualifizierten Pflegeeltern angefragt. Bereits dort war die Bereitschaft sehr groß. In einem nächsten Schritt wurde die Öffentlichkeit gebeten, sich bei uns zu melden, sofern die Bereitschaft zur Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen bestand. Auch dort gab es mehr Rückmeldungen, als der Bedarf letztlich erforderte.

Seit Kriegsausbruch wurden von uns 5 Kinder und Jugendliche in Obhut genommen und in Gastfamilien untergebracht. 2 weitere Kinder konnten ohne vorherige Inobhutnahme in Gastfamilien vermittelt werden. Hier lag ein ausreichender Erziehungsauftrag vor.

Vergleichbar mit der Flüchtlingssituation um 2015/2016 ist die aktuelle Lage aber nicht. Während die Kinder und Jugendlichen 2015/2016 tatsächlich völlig auf sich allein gestellt die Flucht angetreten haben, werden die UMA aus der Ukraine häufig von Freunden oder Verwandten der Eltern mit nach Deutschland gebracht. Da häufig aber kein ausreichender Erziehungsauftrag für diese Personen vorliegt, muss eine Inobhutnahme erfolgen. Das Familiengericht entscheidet dann über die Einrichtung einer Amtsvormundschaft oder die Übertragung der elterlichen Sorge auf eben diese Freunde und Verwandten.

Aktuell ist das Fluchtgeschehen von UMA sehr gering. Der Bund bzw. das Land haben sich aber auf die Aufnahme größerer Gruppen ukrainischer Kinder und Jugendlicher vorbereitet. Hintergrund ist, dass in der Ukraine über 100.000 Kinder und Jugendliche in sog. Waisenhäusern oder Kinderheimen leben. Einige dieser Einrichtungen mussten aufgrund des Kriegsgeschehens bereits evakuiert werden. Hier wird derzeit darauf geachtet, dass diese Kinder in ihren bisherigen Wohngemeinschaften gemeinsam mit ihren Betreuern untergebracht werden. Hierzu haben einige Jugendämter dem Land Niedersachsen größere Aufnahmekapazitäten gemeldet.

Startklar in die Zukunft – Corona-Aufholprogramm für Kinder- und Jugendliche

In der vorletzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses wurde eine Frage zum dem Aktionsprogramm „Startklar in die Zukunft – Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ gestellt. Damals war der Bund gerade dabei verschiedene Förderprogramme aufzulegen, die Kinder und Jugendliche zu Gute kommen sollen. Der konkrete Inhalt und der Umfang waren seinerzeit aber noch nicht bekannt.

Heute kann ich Ihnen mitteilen, dass aus dem Aktionsprogramm rund 90.000 EUR in den Landkreis Wittmund geflossen sind, die ausschließlich Kindern und Jugendliche zu Gute kommen.

Gefördert wurden:

Maßnahmen	Zuwendungsempfänger	Höhe der Landeszuwendung
Schaffung von Jugendplätzen		
Jugendplatz in Esens	Samtgemeinde Esens	35.000,00 €
Jugendplatz am Waldfreibad in Friedeburg	Gemeinde Friedeburg	35.000,00 €
Förderung von Kinder- und Jugendfesten		
Internationales Sommerfest im Waldfreibad Friedeburg	Gemeinde Friedeburg	1.702,89 €
Abschlussfest am Weltkindertag in Friedeburg	Gemeinde Friedeburg	718,40 €
Kinder- und Jugendfest in Esens	Samtgemeinde Esens	6.917,96 €
"Happy Day" in Wittmund	Stadt Wittmund	2.660,75 €
Stärkung von digitalen Angeboten in der Kinder- und Jugendarbeit		
Anschaffung eines Activ Panel incl. Fortbildung	Samtgemeinde Esens	2.900,00 €
Förderung von Sprachcamps in den Kommunen		
Durchführung von Sprachcamps in den Oster- und Sommerferien	AWO Kreisverband Wittmund e. V.	5.000,00 €

Projekt Kita-Einstieg

Der Landkreis Wittmund nimmt seit dem 01.08.2017 am Bundesprogramm „Kita-Einstieg - Brücken bauen in frühe Bildung“ teil, das sich an nicht-schulpflichtige Kinder im Alter von null Jahren bis zum Schuleintritt richtet.

In der ersten Förderperiode vom 01.08.2017 bis 31.12.2020 hat der Landkreis hierfür Bundesmittel in Höhe von 376.562,35 EUR durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Verfügung gestellt bekommen. Erfreulicherweise wurde das Programm anschließend für zwei weitere Jahre bis zum 31.12.2022 verlängert und dem Landkreis Wittmund wurden weitere 238.721,78 EUR bewilligt.

Mit dem Programm fördert das Bundesfamilienministerium niedrigschwellige Angebote, die den Zugang zur Kindertagesbetreuung vorbereiten und unterstützend begleiten. Im Rahmen dieser Förderung werden im Landkreis Wittmund durch das Ev.-luth. Kirchenamt in Aurich vielfältige Anregungen, Aktionen und Wege erprobt und umgesetzt. Insbesondere partizipieren hier Kinder und Familien mit Migrationshintergrund. Es werden erste Einblicke in das System der Kindertagesbetreuung vermittelt und die Familien werden ganz konkret über die Möglichkeiten der frühkindlichen Bildung in Deutschland informiert.

Das Bundesprogramm Kita-Einstieg überzeugt sowohl die Familien im Landkreis Wittmund als auch die Fachkräfte der Kindertagesstätten und hat sich als zusätzliches Angebot etabliert. Seit Projektbeginn konnten bisher 297 Familien im Landkreis Wittmund betreut werden. Zu ihnen hat sich eine vertrauensvolle Beziehung entwickelt. Die Familien öffnen sich den Mitarbeiterinnen und so können auch Themen besprochen werden, die ansonsten im familiären Kreis verbleiben. Die Bereitschaft sich auf eine Weitervermittlung zu öffentlichen Institutionen einzulassen, ist dadurch viel größer geworden. Die Familien sind sehr dankbar, dass diese von den Mitarbeiterinnen unterstützt werden.

Leider zeichnet sich ab, dass die Bundesförderung zum Ende des Jahres auslaufen und nicht fortgeführt wird. Wir arbeiten derzeit mit Hochdruck daran, alternative Finanzierungswege aufzutun. Unsere Bundestagsabgeordnete und gleichzeitig Mitglied des Jugendhilfeausschusses Anne Janssen setzt sich derzeit ebenfalls stark dafür ein.

Es konnten sehr gute Netzwerke aufgebaut werden, die es jetzt zu erhalten gilt. Außerdem hat das Projekt durch den Krieg in der Ukraine nochmals an Bedeutung für die Geflüchteten gewonnen.

Verantwortliche Projektleiterin ist Frau Petra Leutnant, die heute ebenfalls als Mitglied des Jugendhilfeausschusses anwesend ist.

Bekämpfung des Rechtsextremismus und anders motiviertem Extremismus

In der Sitzung des Kreistages vom 17.12.2019 wurde die Resolution gegen Rechtsextremismus beschlossen. Die Resolution sieht u. a. vor, dass die Bekämpfung des Rechtsextremismus und anders motiviertem Extremismus als ständiger Tagesordnungspunkt im Jugendhilfeausschuss aufgenommen wird. In der Sitzung des Jugendhilfeausschusses 28.06.2021 wurden dann inhaltliche Schwerpunktthemen benannt, mit denen sich der Jugendhilfeausschuss künftig befassen möchte.

Dieser Beschluss ist für uns natürlich nach wie vor bindend. Aufgrund vieler anderer Aufgaben hat es dieses Thema heute leider nicht auf die Tagesordnung geschafft und soll in der nächsten Sitzung aufgegriffen werden.

Auf Empfehlung unserer Kreistagsabgeordneten Frau Maus möchte ich an dieser Stelle aber auf die Internetseite www.zivile-helden.de hinweisen. Dort kann man viele interaktive Videos rund um Antisemitismus, Gewalt, Hass im Netz, Radikalisierung und Verschwörungsmymen erleben und selbst den Ausgang der Geschichten bestimmen.